

Voten zur angestrebten Kürzung des **Zivildienstes**



Unter dem Motto „Auf der Roten Liste: der Zivildienst“ lud der WDR mit seiner Sendung „Hallo Ü-Wagen“ am 5. Dezember 2009 auf dem Alten Markt in Mönchengladbach ein, über die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Kürzung des Zivildienstes von neun auf sechs Monate zu diskutieren.

Mit auf dem Podium bei Julitta Münch waren Lukas Hülsen, Zivildienstleistender in den Hephata Werkstätten (Betriebsstätte Tippweg), Lorenz Posch, Zivildienstleistender im Zentrum für Aktivitäten und Kommunikation (ZAK) der Wohnen gGmbH, und der Leiter der Hephata Personalabteilung Gerd Neumann.

Neumann machte deutlich, dass 2 % der Hephata-Mitarbeitenden – nämlich 40 Personen – Zivildienstleistende sind. Damit bringt eine Kürzung der Zivildienstzeit zwar Erschwernisse mit sich, wie zum Beispiel eine im Vergleich zur Einarbeitungszeit kurze Gesamtbeschäftigungsdauer oder einen häufigeren Wechsel der Bezugspersonen für die Menschen mit Behinderung, führt aber nicht zu wesentlichen Ausfällen bezogen auf die gesamte Dienstleistung, die von der Stiftung Hephata erbracht wird.

Hephata sieht im Zivildienst eine wesentliche Möglichkeit, jungen Männern durch „den Dienst am Menschen“ ein Lernfeld zu bieten, das deren soziale Kompetenzen erhöht und positiv norm- und wertbildend ist bezogen auf eine humane, lebenswerte Gesellschaft.

Deshalb wird Hephata weiter Zivildienstleistende beschäftigen, auch wenn deren Dienstzeit nur noch sechs Monate betragen wird. Damit liegt Hephata auf der Linie seines

Spitzenverbandes der Diakonie.

Lukas Hülsen und Lorenz Posch forderten die Verantwortlichen in der Politik auf, Lösungen zu schaffen, die bei den Zivildienstleistenden möglichst wenig Ausfallzeiten entstehen lassen bezogen auf sich zumeist anschließende Ausbildungs- oder Studiengänge. In der Konkrektion bedeute dies zum Beispiel für Hülsen, dass er gern nach Ende seines Zivildienstes bis zum Beginn des von ihm angestrebten Studiums im Oktober 2010 noch weiter in den Hephata Werkstätten beschäftigt sein möchte. Eine Verkürzung des Zivildienstes auf sechs Monate bedeute auch, dass bis zum Beginn einer Ausbildung oder eines Studiums statt bisher drei zukünftig sechs Monate überbrückt werden müssten. Dazu schlug Hülsen vor, eine freiwillige Verlängerung des Zivildienstes zu ermöglichen. Hier sah Dr. Jens Kreuter, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, aber verfassungsrechtliche Schwierigkeiten.

In Deutschland leisten heute mehr junge Männer Zivildienst als Wehrdienst. Damit hat sich das Image derer, die vor 30 Jahren noch als Minderheit gesehen und häufig als „Drückeberger“ abgestempelt wurden, gewandelt zu „unverzichtbaren Stützen des bundesdeutschen Sozial- und Gesundheitswesens“.

Dieter Kalesse